Pressefreiheit — zu Recht gefordert von Lesern und Schreibenden, doch müssen viele wohl noch lernen, damit richtig umzugehen. Auch in unserer Studentenzeitung dürfen Sachkenntnis und Objektivität nicht verlorengehen. Oder soll tatsächlich die früher von unseren Massenmedien betriebene rosarote Schönfärberei durch wütende Verleumdungen und gegenseitiges Beschimpfen ersetzt werden?

Wir können uns jedenfalls mit dem Artikel „Zwischen Leistung und Geld" (UZ vom 24. 11. 89) nicht einverstanden erklären. Schon die Überschrift unterstellt geradezu, daß die eine Seite die andere ausschließt: mehr Geld aber keine Leistung. „... hohes Stipendium in Anspruch genommen ... derweil sie vom Sozialismus als Idee der sozialen Gerechtigkeit zu sprechen lernten." Eine eigene Meinung zum Sozialismus wird uns damit vollkommen abgesprochen.

Mehr Geld - keine Leistung

Einig sind wir uns wohl darin, daß die ML-Fachrichtungen durch das Propagieren der Politik von nur einer Partei zu Pseudo-SED-Wissenschaften deformiert wurden und daß ein gesellschaftswissenschaftliches Grundlagenstudium nicht in dieser Art und Weise weitergeführt werden kann. Aber wenn, dann sollte man doch bitte schön um konkrete, progressive Veränderungen ringen. Eine gewisse Schulung in dialektischem Denken kann wohl keinem Studenten schaden, und sollte sogar Anspruch eines jeden zukünftigen Wissenschaftlers an sich selbst sein.

Und was die Geldfrage betrifft — so sind auch wir für den Abbau von Privilegien. Erstreben wir einen Rechts- und Sozialstaat in der DDR, so erfordert das natürlich eine neue Regelung geltenden Rechts, also auch eine allgemeine Stipendienbestimmung, die soziale Gerechtigkeit zur Grundlage hat. Wir möchten hierbei auf ein Privileg von ML-Studenten hinweisen, nämlich das dreijährige Vorpraktikum, das für die Zulassung zum Studium notwendig ist. In so einem Praktikum werden auch Leistungen erbracht, und das sollte doch bei der Stipendiumvergabe berücksichtigt werden. Gerade unter diesem Gesichtspunkt wäre eine Neuregelung für alle Studenten unabdingbar. Außerdem erhalten längst nicht alle unsere Kommilitonen das Höchststipendium von 600 M. Das sollte doch ein Student der Sektion Geschichte wissen. Falschen Voraussetzungen folgen falsche Schlüsse. Ursachen für bestehende Mißstände müssen an der richtigen Stelle gesucht werden. Und ehrlich gesagt, beim Lesen des genannten Artikels konnten wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß gerade dem Verfasser noch ein paar Lektionen in dialektischem Denken durchaus nicht schaden könnten.

MÖLLER, DARLATT, WOTTA, VOIGT, Sektion Philosophie

Ungenaue Recherche

Zu den mehrfachen kritischen Beurteilungen meines Artikels „Zwischen Leistung und Geld" möchte ich erklären:

Es ist richtig, daß durch ungenaue Recherchen falsch über die Höhe des durchschnittlichen Stipendiums für ML-Lehrer-Studenten informiert wurde. Zutreffend ist die Formulierung „bis 600 Mark". Im übrigen möchte ich auf den in OHNE FILTER Nr. 4 veröffentlichten Brief von Frank Schumann (Junge Welt) verweisen und mich ausdrücklich zu dem dort eingeforderten Recht auf subjektive Darstellungsweise des Autors bekennen.

A. POGUNDKE

Die Zweite

Am 5. 12. 1989 fand eine Beratung der AG „studium generale" (ehemals AG „Reform des MLG") statt. Als Gäste nahmen drei Vertreter des neu gegründeten Instituts für Gesellschaftstheorie teil, die über ein differenziertes Angebot der Lehrkräfte für das Frühjahrs- bzw. Herbstsemester 1990 informierten.

Die Diskussion ergab folgendes:

1. Anfang Januar werden in der UZ die Kursangebote für das „studium generale" veröffentlicht. Wir müssen über diese Kursangebote diskutieren. Wir fordern euch auf, eure Kritiken und Forderungen über die Sektions bzw. Seminargruppensprecher an den Studentenrat weiterzuleiten.

2. Es liegt in der Kompetenz der Sektionen, die Anzahl der Testate festzulegen. Die Sektionsräte müssen in dieser Frage die Interessen der Studenten gegenüber den Sektionsleitungen vertreten. Das „studium generale" ist als ein wahlweise-obligatorisches Studienfach geplant. Die Sektionsräte müssen darauf achten, daß die Möglichkeit der individuellen Wahl des Kurses durch den Studenten nicht seitens der Sektionsleitungen eingeschränkt wird (durch ungünstige Organisation des Studienablaufs oder gar durch die Verpflichtung der Studenten, an bestimmten Kursen teilzunehmen).

3. Die AG plädiert dafür, daß auch Wissenschaftler anderer Sektionen (z. B. Kuwi, Rewi, Theologie) innerhalb des „studium generale" universitätsoffene Vorlesungen halten. Überlegt, ob wir nicht diesen Vorschlag zu einer Forderung des Studentenrates machen sollten.

Wir haben die Möglichkeit, das „studium generale" in Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zu einer Institution zu machen, in der sich jeder Student Allgemeinbildung entsprechend seiner individuellen und fachspezifischen Interessen aneignen kann.

B. LEHMANN

Reform des MLG „studium generale"

Theorie minus Empirie gleich Utopie

Mit dieser Gleichung traten Soziologie-Studenten als Gäste in einer der letzten StuRa-Sitzungen auf. Sie hatten ein Angebot zu machen. Mit diesem bilden sie den alternativen Teil jener Stimmen, die dem StuRa Uneffektivität vorwerfen und ihn von jeglichem Subjektivismus befreien wollen.

Eine AG Soziologie wurde gegründet und begründet.

Nun muß der StuRa nicht jedes Mal zustimmen, um eine neue AG zu bilden, aber hier ist eine direkte ständige Verbindung notwendig und vorteilhaft. Um sich basisdemokratischer Interessenvertreter nennen zu lassen, bedarf es nun mal einer Problemanalyse und Interessenerkundung gerade auch auf wissenschaftlicher Grundlage. Denn was wird sonst aus all jenen, die nicht so redegewandt sind oder einfach keine Lust haben, sich laufend an hochschulpolitischen Diskussionen zu beteiligen? Die noch nicht überall funktionierenden „verlängerten Arme" des Rates in den Studienjahren und auf AG-Basis bilden eine weitere Berechtigung.

Der Vorteil ist eindeutig: Dem StuRa wäre ein Instrument gegeben, mit dem er als ernstzunehmender Partner gegenüber Rektorat und Institutionen auftreten kann, denn er besitzt dann eine objektive Argumentesicherheit von Interessenproportionen.

Dem StuRa-Mitglied wird an dieser Stelle ganz wohl ums Herz würde man doch endlich ein Stück weiter vom grünen Tisch mit seinen subjektiv gefärbten Diskussionen abrücken. Die übernommene Verantwortung trüge sich etwas leichter und besser gepackt.

PS: Die Wandzeitung im NSG gibt Auskunft über die AG Soziologie, die noch **dringend** Mitstreiter sucht, z. B. Mathematiker, Philosophen, Informatiker.

MAXI STAPELFELD, AG Soziologie
HEIKO MIRASS, Sektionssprecher der Soziologen/Politwissenschaftler

„Ja" dem StuRa

Logo, ist doch völlig klar. Die Gründe liegen auf der Hand. Doch bevor ich diese aufzähle, zunächst ein paar aktuelle Fakten, die mich in meinem Standpunkt überhaupt nicht erschüttern konnten:

1. Die Diskussion übers MLG kam in Gang und trägt Früchte. Noch in diesem Jahr wird z. T. nach veränderten Lehrprogrammen gelehrt und studiert.

2. Für den Studentensport existieren neue Regelungen.

3. Der Rektor legte Sofortmaßnahmen für den Uni-Betrieb fest.

4. Lehrkörper und Studenten der Sektion Journalistik klopfen gegenwärtig alle Fächer in speziellen AG's ab. Fürs Zweite wurde dazu der Lehrablauf kurzfristig für drei Wochen verändert.

5. ZV und RQ entfallen — Schwerpunktsätze begannen. Fazit: Studenten besinnen sich ihrer Kraft und suchen das Miteinander mit dem Lehrkörper. In erster Linie zwar ohne den StuRa, aber wie man sieht erfolgreich. Komisch, komisch.

Und — sehr verdächtig. Die Arbeit im Kleinen stinkt mir zu sehr nach altübergebrachter FDJ-Struktur, auch wenn dieses Wort nirgends fällt.

Deshalb: Der StuRa muß her. Da bin ich mir vollkommen sicher. Denn wenn der erst mal arbeitet und sich laut Katalog um (fast) alles kümmert, geht's erst wirklich voran. Nur der StuRa kann echt basisdemokratisch und transparent arbeiten. Prima! Nur der kann studentische Interessen so richtig wirkungsvoll vertreten — gegenüber dem Lehrkörper und den staatlichen Leitungsebenen. Jawohl! Deshalb mein uneingeschränktes JA!

ULI BRIESE, Sektion Journalistik

Umwelt-AG der Bio

Am 23. 11. 1989 wurde der Leipziger Umweltbund gegründet, in dem der größte Teil der bisherigen Basisgruppen zusammengefaßt ist.

In derselben Woche entstand an der Sektion Biowissenschaften eine AG Umwelt, die vor allem sektionsspezifisch arbeiten soll, sich aber auch auf Uni-Ebene einsetzen wird. Nach der Gründung des Umweltbundes ist sie wahrscheinlich die einzige arbeitende Umwelt-AG der Uni. Wir wollen keine Abgrenzung — es wäre sogar gut, wenn unsere Mitglieder in beiden Gruppen arbeiten würden.

Hier die ersten Aufgabengebiete für die nächsten Wochen:

1. Überprüfung und eventuelle Verbesserung der SERO-Abfall-Situation innerhalb der Sektion
2. Suche nach Sammel- und Abtransportmöglichkeiten für chemische Rückstände
3. Organisierte Sammlung und Rückführung wiederverwertbarer Abfälle im Wohnheim
4. Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten der Sektions-Arbeit aus umweltspezifischer Sicht.
5. Zusammenarbeit mit der Sektion Verkehr für eine Optimierung der Radfahr-Situation in Leipzig
6. Kontaktaufnahme zu Umweltgruppen an Partner-Unis

DAGMAR TRAUTMANN

Zwischen Plan und Markt kein Widerspruch

Politik im Gespräch

... mit Dr. sc. oec. Reiße-Heinz Heinke war Sven Geisler.

Als Erklärung für unsere Wirtschaftskrise werden immer wieder subjektivistische Entscheidungen Günter Mittags genannt. Trifft das den Kern?

An einer Person kann man es natürlich nicht festmachen. Dazu gehört ein Apparat. Wenn wir die Probleme unserer Wirtschaft nur auf Mittag schieben würden, hieße das ja, daß sich nach seinem Abgang hätte automatisch Effektivität einstellen müssen. Der Schnitt muß tiefer gehen. Der ganze Wirtschaftsmechanismus ist zu verändern. Derzeit entspricht er nicht den Anforderungen der Intensivierung.

Ist die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik falsch?

Der Begriff ist erstmal überhaupt unglücklich gewählt, weil es in jedem Land, in jeder Gesellschaft eine Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt. Bei uns war damit gemeint, daß das Wirtschaftswachstum für jeden erlebbar wird. Diese Politik ist letztlich am Ende der 80er Jahre gescheitert. Das heißt, das Konzept hat sich verschlissen und muß durch ein neues ersetzt werden.

Wie sollte das neue Konzept aussehen?

Für meine Begriffe brauchen wir eine stärkere Berücksichtigung des Marktes. Und das heißt ganz konkret, daß sich die zentralen wirtschaftsleitenden Organe — die wir brauchen — konzentrieren müssen auf das was sie gut können. Beispielsweise die Sozialpolitik, ein beträchtlicher Teil der Außenwirtschaft. Es darf aber den Produzenten nicht mehr vorgegeben werden: Produziere soundso viel Stück von dieser Ware. Es war ja alles genau durchgeplant, bis zur Stecknadel. Durch die Planung müßte jetzt nur noch der Rahmen abgesteckt werden. Und dann soll doch der Produzent bestimmen, was er herstellt. Für Waren, deren Preis gering ist, für die also der Stimulus fehlt, müssen staatliche Aufträge vergeben werden, damit sie nicht aus dem Angebot verschwinden.

Ministerratschef Modrow hat ja in seiner Regierungserklärung bereits gefordert, „den Markt zum organischen Bestandteil sozialistischer Planwirtschaft zu machen".

Organisch, genau. Das heißt, den Markt nicht als etwas Fremdes zu betrachten. Wissen Sie, der Widerspruch zwischen Plan und Markt wurde ideologisch konstruiert, so einen Widerspruch gibt es nicht. Auch im Westen muß geplant werden. Es gibt einen ganz anderen Widerspruch, nämlich den zwischen Markt- und Bilanzwirtschaft. Wir haben eine Bilanzwirtschaft, was dazu führte, daß der Mangel immer wieder verwaltet wurde.

War die Kombinatsbildung ein Fehler?

Diese Frage ist außerordentlich heikel. Die Kombinatsbildung war eine sehr kluge Entscheidung in bezug auf die großen schlagkräftigen Betriebe, die das Geld für die DDR auf dem Weltmarkt einbringen müssen, Beispielsweise „Carl Zeiss" oder Polygraph. Auch das Kombinat „Schienenfahrzeuge", wenn es nicht Masse produziert, sondern Spezialitäten, die wirklich Geld bringen. Ähnliches trifft auf das Kombinat „Nutzfahrzeuge" zu. Es dürfte eben nicht den L 60 herstellen, der auf dem Weltmarkt nicht besonders geht, sondern den Multicar, der gefragt ist. Ich zähle auch bestimmte Maschinenbaukombinate dazu wie „7. Oktober".

Die Kombinatsbildung war völlig falsch in bezug auf die bezirksgeleiteten Kombinate, in denen Betriebe vereint wurden, die technologisch überhaupt nichts verbindet.

Wäre es für die Wirtschaft also vorteilhaft, die Bezirke wieder in Länder umzuwandeln?

Es brächte eine Vereinfachung der Administration; Reduzierung von Verwaltungsebenen und -gremien. Neben der Auflösung der bezirksgeleiteten Kombinate müßte damit einhergehen die Umstellung auf ein richtiges Reproduktionsprinzip, was immer eine Einheit von territorialer und gesamtstaatlicher Reproduktion sein muß. Es kann also nicht sein, daß ein Bezirk die Kohle für das ganze Land fördert und mit dem bezirklichen Haushalt die Landschaft wieder sanieren muß. Das ist ein Widerspruch, der über größere territoriale Gebilde wie die ursprünglichen Länder gelöst werden könnte.

Die Rede ist jetzt auch von der Reprivatisierung bestimmter Betriebe. Wird es in der DDR wieder Ausbeutung geben?

Ja. Aber das kann der sozialistische Staat immer noch über die Steuern regulieren. Dazu muß unser Steuersystem natürlich verbessert werden. Und es ist doch auch nichts Unsozialistisches, wenn ein sozialistischer Unternehmer, weil er organisatorisches Talent hat, Gewinn macht, daß er auch viel Geld dafür einsteckt. Vorausgesetzt, er produziert Waren, die in einem Kombinat nicht effektiv hergestellt werden können.

Neben den privaten Kleinbetrieben ist für mich vor allem entscheidend, daß wir wieder produzierende PGH haben müssen, die 1972 auch zerschlagen wurden.

Führt die Reprivatisierung nicht zur Arbeitslosigkeit?

Ich sehe das nicht zwangsläufig. Wir haben großen Arbeitskräftemangel in entscheidenden Bereichen der Wirtschaft. Ich würde über etwas ganz anderes diskutieren, über den sozialistischen Bankrott. Einige Kombinate und Betriebe sind doch nur deshalb am Leben, weil sie vom Staatshaushalt „ernährt" werden. Das ist Sozialisierung des Verlustes. Und das ist unsozialistisch.

Wie soll ein „sozialistischer Bankrott" denn aussehen?

Wohl, heute auszumachen noch morgen heißen alle auf der Straße. Das muß sozial verträglich passieren. Warum denn nicht eine Vorruhestandsregelung? Warum denn nicht Umschulung und neue Ausbildung auf Kosten des Staates? Das wäre immer noch billiger, als den Betrieb über die Runden schleppen.

Das Loch im Staatshaushalt haben Sie schon erwähnt. 15 Milliarden — das ist kein Pappenstiel. Wie kam es zustande? Wie gefährlich ist es?

Ganz allgemein gesagt entstand es dadurch, daß die Ausgaben größer waren als die Einnahmen. Das ist nicht unbedingt etwas Verwerfliches, wenn die Bilanz darauf ausgerichtet wird und es nicht erst nach 18 Jahren bekannt wird. Bei uns wurden damit der Wohnungsbau und die Energiewirtschaft finanziert. Was als Loch erscheint, liegt also materialisiert in Form von Wohnungen und Kraftwerken vor. Für die Bürger ist natürlich problematisch, daß von diesem Loch ein Druck auf die Preise ausgeht.

Also Inflation?

Ja.

Wie ist dem entgegenzuwirken? Mit Hilfe aus der BRD?

Mit Fremdfinanzierung, die ich nicht ausschließe, stopfen wir zwar im Augenblick das Loch. Aber sobald die Kredite fällig werden, stehen wir wieder vor dem Problem. Die beste Methode ist m. E., wenn die Arbeitsproduktivität in den nächsten Jahren rasch steigt, aber die Einkommen viel langsamer wachsen. Ich warne davor anzunehmen, daß dies schnell ginge. Das nimmt sicher einige Jahre in Anspruch.

Ein Thema beschäftigt derzeit wohl jeden hierzulande: reisen. Und die Frage: Woher die Devisen nehmen?

Dafür gibt es mehrere Wege. Ich würde z. B. vorschlagen, einen Teil unserer Ferienheime, die in sehr schönen Gegenden liegen und z. T. sehr schlecht ausgelastet sind, in Hotels umzuwandeln und zur Hälfte für Touristen öffnen, die mit frei konvertierbarer Währung kommen. Dazu müssen unbedingt die Einreiseregelungen für Bürger aus kapitalistischen Ländern erleichtert werden.

Und wie steht es mit der Freikonvertierbarkeit der DDR-Mark?

Wir brauchen sie. Um den Außenhandel zu erleichtern — das ist die große, zentrale Aufgabe. Und um jedem einzelnen das Reisen zu erleichtern. Aber das braucht Zeit. Denn die unbedingten Voraussetzungen für Freikonvertierbarkeit der DDR-Mark sind annähernd kostendeckende Preise und ein mit Waren gefüllter Markt.

In westdeutschen Wechselstuben steht der Kurs DDR-Mark : D-Mark bei bis zu 1:20. Wird damit nicht das Ansehen der DDR beschädigt?

Wenn das Geld als kaufkräftige Nachfrage in die DDR zurückkommt, räumt es hier die Regale. Deshalb brauchen wir zweierlei: mehr Zollkontrollen, auch wenn das sicherlich unpopulär ist, und kostendeckende Preise. Aber 1:20 tauschen Bürger der DDR. Jeder sollte sich darüber im klaren sein, daß er damit letzten Endes nur sich selbst und unserem Staat schadet.

Sie sprachen wiederholt von kostendeckenden Preisen. Weg mit den Subventionen?

Ja, es werden Subventionen wegfallen müssen. Es werden aber auch bestimmte Zahlungen erhöht werden müssen — für Rentner, Studenten und untere Einkommensgruppen.

Es gibt ja das Argument, daß es keinen Gewinn bringt, wenn man einerseits die Subventionen streicht, andererseits Löhne, Renten usw. erhöht ...

Das stimmt. Im Extrem wäre das eine Umverteilung, die nur soziale Spannungen bringen würde. Ich kann mir natürlich vorstellen, daß z. B. Milch weiter subventioniert wird, auch Brot in gewissem Umfang. Die Mieten würde ich auf keinen Fall dem Markt überlassen, weil wir dann Mietwucher hätten, wie es ihn westlich unserer Grenze gibt. Kurzum: Subventioniert wird auf der ganzen Welt. Aber es ist eine Frage des Maßes. Die Subventionen müssen der Wirtschaftskraft entsprechen.

Nochmals zum Kurs der DDR-Mark : D-Mark. Wie ist er real?

Ich halte einen Kurs von 1:4 für realistisch.

Woraus resultiert dieser?

Aus dem Unterschied in der Arbeitsproduktivität. Die absolute Produktmenge und die Struktur der Produktion spielen auch eine Rolle. Und natürlich das Kaufkraftniveau. Allerdings, beim Kaufkraftniveau der einzelnen Mark schneidet die DDR-Mark gar nicht so schlecht ab. Doch in diesen Vergleich fallen dann auch die Mieten, die im täglichen Hin und Her über die Grenze natürlich keine Rolle spielen.

Eine abschließende Frage: Die BRD und Westberlin zahlen jedem DDR-Bürger 100 DM Begrüßungsgeld. Geschenke?

Na ja. Man muß in Rechnung stellen, daß die Mehrzahl der DDR-Bürger die 100 DM im nächsten Supermarkt ausgibt. Über verschiedene Steuern, u. a. 14 Prozent Mehrwertsteuer für Konsumgüter, fließen dann sofort wieder etwa 40 DM an den Staatshaushalt zurück. Was die Sache für die Bundesrepublik besonders attraktiv macht, ist die dadurch eintretende Expansion der Nachfrage. Das bedeutet eine Beschleunigung ökonomischer Kreisläufe, also Konjunktur.

Vielen Dank!

CEAUSESCU UND KEIN ENDE

Rumänien stolpert weiter vorwärts auf seinem Weg in die leuchtende Zukunft. So könnte man das anachronistische Fazit des 14. RKP-Parteitages formulieren. Es steht gleichzeitig für das Versagen eines totalitären Systems.

In Bukarest fand jüngst kein Parteitag im eigentlichen Sinne statt, sondern die sorgsam inszenierte Propagandashow des alternden, aber noch immer allmächtigen Ceausescu. Das konnte wohl niemanden ernsthaft verwundern. Deutliche Zeichen wurden bereits im Vorfeld des Parteitages gesetzt. Im Sommer sorgte ein Zaun entlang der rumänisch-ungarischen Grenze für Schlagzeilen und Beunruhigung. Mitte November verfügte Ceausescu überraschend die Schließung aller Grenzen. Die Partei tagte fast eine Woche lang unter enorm verschärften Sicherheitsvorkehrungen. Man schottete sich ab, vor dem eigenen Volk und der Welt.

Ceausescus Politik führte das Land in die wirtschaftliche und außenpolitische Isolation (ER: wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit). Die erbarmungslose Rückzahlung sämtlicher Auslandsschulden (kein Land tut das!) potenzierte diesen Zustand. Karge Lebensmittelrationen (ER: wissenschaftlich begründete Ernährungsstrategie), ein drastisches Energiesparprogramm, Unfreiheit für die Menschen (ausgenommen Parteimitglieder) — das ist Rumänien „vor der Erfüllung des kommunistischen Traumes".

Insbesondere die permanenten Menschenrechtsverletzungen rufen den Protest der Weltöffentlichkeit hervor. Einige KP sagten aus diesem Grund ihre Teilnahme am RKP-Parteitag ab. Auch die einstigen Bruderländer verhalten sich mittlerweile auffallend reserviert. Das gilt nicht nur für Ungarn, mit dem sich Bukarest in einer Art ideologischem Kriegszustand befindet. Die SED sandte nur einen stillen Beobachter. Die Zeiten, da man sich gegenseitig Orden ans Revers heftete und anschließend in den Armen lag, sind wohl vorbei.

Auf eine offizielle Stellungnahme von Partei und Regierung wartete man aber bislang vergeblich.

Der Weg, den Rumänien beschreitet, ist eine ausgetretene Sackgasse.

CARSTEN HELLER

Die Dritte

SLUB Wir führen Wissen.